

I.

Die Friedensfreunde aller kriegführenden Staaten nennen unter ihren wichtigsten Forderungen die Abschaffung der geheimen Diplomatie. Vielleicht nirgends ist dieser Wunsch so leidenschaftlich vertreten worden wie in England. Die besten Denker in diesem Lande der entwickeltsten Demokratie Europas erkannten, daß ihr Selbstbestimmungsrecht jedesmal aufhörte, wenn von der auswärtigen Politik die Rede war und daß die Verhandlungen über die Stellung der freien Engländer zu den Völkern der Welt hinter Türen geführt wurden, die sich nur einem ganz kleinen auserlesenen Kreis öffneten. Der Engländer Morel hat es ausgesprochen, daß hunderteinundsechzig Kavaliers die Diplomatie Englands bilden und daß etwa ein Duzend davon entscheidenden Einfluß hat, so daß die auswärtige Politik des Weltreiches von zwölf eleganten Herren beherrscht wird. Dieses Duzend gut gekleideter Herren in vorgeschrittenem Alter hat nach Morel den Eintritt Englands in den Krieg beschlossen und damit den Tod von Hunderttausenden ihrer Mitbürger und die Vergeudung von mehr als hundert Milliarden des Volksvermögens. Wir begreifen, daß diese Tatsachen bei Völkern, denen die Selbstregierung kein bloßer Begriff ist, am aufreizendsten wirken müssen. Die englischen und französischen Friedensfreunde rufen deshalb lauter als ihre Gesinnungsgenossen in den übrigen Staaten nach Behandlung der auswärtigen Fragen statt durch die geheime Diplomatie durch offene Verhandlungen von Volk zu Volk, von Parlament zu Parlament. Was bedeutet diese Forderung im gegenwärtigen Augenblick? Sich darüber Klarheit zu geben, ist wichtiger als auf den ersten Blick scheinen mag. Um die Antwort vorweg zu nehmen: Das Verlangen nach Abschaffung der geheimen Diplomatie, heute gestellt und in der allernächsten Zeit verwirklicht, wäre geeignet, die Herbeiführung von Friedensverhandlungen zu beschleunigen und den Abschluß eines Friedens zu erwirken, der Europa vielleicht für immer vor einem neuen Krieg bewahrt. Diese Behauptung ist nicht übertrieben und sie zu beweisen, machen die Ereignisse der ersten neun Monate des Jahres 1917 nicht schwer.

Wir waren in diesem Jahr dem Frieden zum Greifen nahe. Nicht wie die landläufige Meinung lautet, nur deshalb, weil mehr als zwei Jahre zerstörenden Kampfes die Dinge reifen und die Geister für den Friedensgedanken empfänglich werden ließen. Dazu hätte das erste

Kriegsjahr vollauf gereicht. In diesem ersten Jahr schon hatten alle Kriegsführenden, Österreich-Ungarn und Rußland, Deutschland, Frankreich und England, alles durchgefostet, was der Krieg bringen kann, Sieg und Niederlage, das bittere Geldentum in den Schützengraben und die moralische Verwahrlosung, die Bedrückung und das Unrecht im Hinterland. In welchem Lande hätte der gemeine Mann nicht schon nach den Leiden des ersten Jahres freudig die Hand zum Frieden gereicht? Vom Frieden wurde aber kaum irgendwo gesprochen. Woher nun die große Wandlung im dritten Kriegsjahr, wenn das Maß der Leiden allein den Umschwung nicht gebracht haben kann? Sicherlich gab der offene Bruch mit den Überlieferungen der geheimen Diplomatie dazu den Anstoß, den die Mittelmächte durch das Friedensanbot vom 12. Dezember 1916 vollzogen. Die beiden Regierungen hatten ihre Verteidigungskriegsziele mit den Waffen verwirklicht, ihre Diplomatie war aber außerstande, mit ihren gewohnten Mitteln das durch Blut und Gut Errungene zu sichern. Die uns so oft aufgezählten und von uns so teuer bezahlten Vorzüge der diplomatischen Auslese versagten, als sie die Probe bestehen sollten. Reichtum, Glanz des Auftretens, internationale Beziehungen und Verwandtschaften, was galten sie damals? Sie reichten nicht einmal hin, um auch nur zwei feindliche diplomatische Gentlemen zu einer einzigen Besprechung hinter einer geschlossenen Tür zusammenzubringen. Ja, die folgenden Monate zeigten sogar, daß man allen Grund gehabt hätte, ein geheimes Friedensanbot zu vermeiden, selbst wenn es möglich gewesen wäre, weil es die Gefahr einer Mißdeutung seiner Gründe vergrößert hätte. Es blieb nichts anderes übrig, als offen zu sprechen, sich an die feindlichen Regierungen, zugleich aber — und das war das Wichtigste — an die Völker der feindlichen Staaten zu wenden. Die feindlichen Regierungen wiesen das Anbot zurück; wie die Völker antworteten, erfuhren wir so richtig erst nach Ausbruch der russischen Revolution. Es darf gesagt werden, daß der starke Friedenswille in allen Wendungen der russischen Umsturzbewegung ohne das Anbot vom 12. Dezember 1916 nicht möglich gewesen wäre. Wir würden einen schweren Irrtum begehen, wollten wir verkennen, daß die der Revolution innewohnenden Gedanken das Gesicht des Krieges mit einem Schlage geändert haben, weil sie seine wahre Natur enthüllten. Selbst diejenigen russischen Schichten, die wir noch heute als Träger des Kriegsgedankens sehen, mußten, als sie zur Macht gelangten, allem voran den Verständigungsgedanken auf ihre Fahne schreiben, weil er in erster Linie dem Leidenden Volk gegenüber die Rechtfertigung für den Machtwechsel war. Den Massen, die aufgerufen wurden, eine neue Herrschaft zu begründen, konnte — das erkannten die Führer der russischen Märzrevolution als eine Selbstverständlichkeit — kein anderer Preis die Opfer eines Umsturzes wert sein, als das einzige Gut, das in diesem Kriege zu erobern lohnt: der Friede. Den Frieden kann aber nur die Verständigung bringen, nicht Macht und Krieg. Deshalb sehen wir den Verständigungs-

gedanken, das geistige Eigentum der Vertreter der Bauern- und Arbeitermassen an der Spitze der Revolution. Er wäre aber ohne die laut ausgerufenen Friedensbereitschaft der Mittelmächte über eine nur akademische Bedeutung nicht hinausgekommen, denn eine revolutionäre Regierung, die im Kriege steht, mag noch so friedliebend sein, der Friede „ohne Annexionen und Kontributionen“ — so lautete die Formel der ersten vorläufigen Regierung — mag ihrer wirklichen Überzeugung entsprechen, sie wird ihn nicht mit Opfern erkaufen dürfen, um nicht ihr Ansehen und den Bestand der innerpolitischen Errungenschaften des Umsturzes in Frage zu stellen. Der 12. Dezember 1916 war deshalb der größte, vielleicht der einzige politische Glückstag in der Kriegsgeschichte Deutschlands und Österreich-Ungarns. Diejenigen Führer der Revolution, die zum Frieden drängten und mit ihnen die breiten Schichten des russischen Volkes, das in der Revolution vornehmlich die Friedensbringerin sah, konnten sich auf eine Erklärung des Feindes stützen, die als Grundlage für Verhandlungen tauglich war. Sie konnten verlangen, den Verständigungsgedanken durch Verhandlungen in die Tat umzusetzen.

Alles schien zum besten bestellt, der Friede schien vor der Tür. In dieser Schicksalsstunde wollte es das Verhängnis, daß in Berlin und Petersburg Fehler über Fehler begangen wurden. Beide hatten zwei wichtige öffentliche, das heißt, nicht diplomatische Willensäußerungen hinter sich. Die eine war die Bekundung der Friedensbereitschaft, die andere das Bekenntnis zum Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“. Berlin und Petersburg hatten bis dahin die Wege gemieden, die nach den Überlieferungen der geheimen Diplomatie zu Verhandlungen führen, und der neue Weg hatte sich bewährt. Er hatte auf beiden Seiten über das Schwierigste, die grundsätzliche Stellungnahme hinweggeholfen. Was dem gesunden Menschenverstand als das Leichtere erscheint, das Durcharbeiten der Einzelheiten, davor blieb man hüben und drüben zum Unglück der Menschheit reitungslos stehen. Die Machthaber in Petersburg sahen sich vor einem Gespinnst von geheimen Verträgen, die noch die zarische Regierung abgeschlossen hatte, und sie, die Volksmänner, die dem demokratischen Gedanken die Befreiung von der Schande des russischen Selbstherrschertums und die eigene große Machtfülle verdankten, sie, die den Mut gehabt hatten, den Kampf mit den Spizeln und Kosaken des Zaren aufzunehmen, sie brachten nicht genug innere Stärke auf, diese Verträge zu veröffentlichen, sie dem Urteil Rußlands und der Welt zu unterbreiten und sie als ein Werk zu behandeln, an dem das russische Volk keinen Teil hatte. Der Arbeiter- und Soldatenrat sah ganz genau, worauf es ankam. Er verlangte immer wieder die Veröffentlichung der Geheimverträge und die Erklärung, daß diese vom Zaren geschlossenen Abmachungen das neue Rußland nicht binden könnten. Die Regierung des Fürsten Drow ging zaudernd vor. Sie machte in London und Paris schwache Versuche in der Richtung der Forderungen

des Arbeiter- und Soldatenrates, verlangte eine Überprüfung] der Kriegsziele im Sinne des Verständigungsfriedens; sonst hielt sie sich an Grundsätze einer eigenartigen Revolutionstheorie, die sie sich selbst zu-rechtgelegt hatte. Sie wollte den Bundesgenossen nicht unerblicklich erscheinen. Vielleicht dachte sie auch daran, trotz Verständigungsfrieden und Friedensbereitschaft vom Feinde durch Befundung militärischer Kraft Vorteile zu erlangen. Sie erkannte aber nicht, was die Geschichte aller Revolutionen lehrt, daß erst der Friede der Vater der Neuordnung der Dinge ist, und über sah, daß er es auch in Rußland wie in allen kriegsführenden Staaten sein werde und daß es daher darauf ankomme, zuerst Frieden zu schließen. Aus diesen Unzulänglichkeiten und Halbheiten entstand eine Politik des Zauderns und Schwankens. Leider haben wohl die Führer der Kriegspolitik in Frankreich und England diese Zeit für ihre Zwecke zu nutzen verstanden, nicht aber Deutschland. Die deutsche Staatskunst versagte, wie leider so oft in diesem Kriege. In dieser Zeit, da alles auf dem Spiele stand, unterließ es Deutschland, durch ein rückhaltloses Hervortreten im Sinne des Verständigungsgedankens die öffentliche Meinung Rußlands auf seine Seite zu ziehen. Man hörte damals von Bethmann Hollweg eine Rede, die für die Russen als günstiges Sonderfriedensangebot gedeutet werden konnte, sonst aber nichts enthielt, was den Verständigungsgedanken im Hinblick auf die Westmächte gefördert hätte. In dieser entscheidenden Stunde konnte sich Berlin nicht von dem Machtgedanken losreißen, konnte sich nicht von dem als leerem Wahn in drei Kriegsjahren entlarbten Gedanken losjagen, durch eine Wendung auf der einen Seite, Vorteile auf der anderen zu gewinnen. Hätte die deutsche Regierung, was die deutsche Demokratie schon damals von ihr verlangte, Kriegsziele bekanntgegeben, die sich ohne Rückhalt und Zweideutigkeit nach Osten und Westen zum Verständigungsgedanken bekann ten, so hätte der Sommer 1917 andere Ereignisse gebracht, als wir sie erlebt haben. Nach Bethmanns Rede war aber der Rückschlag nicht aufzuhalten. Statt in einen Sommer der Verhandlungen, kamen wir in einen Sommer der Angriffe. Der Machtgedanke, der Wahn, diesen Krieg durch Verhandlungen hinter zugezogenen Vorgänge beenden zu können, haben Europa um eine Friedensmöglichkeit gebracht.

Wir können heute die furchtbaren Folgen der Irftümer, die in Petersburg und Berlin begangen wurden, schon übersehen. Die Toten von Flandern und Verdun, vom Isonzo, in Rumänien und Galizien können sie nicht einmal beklagen. Und wie im Dreißigjährigen Krieg hinter den Heeren die ekelerregenden Schwärme der Marodeure marschierten, so zeigen sich im Gefolge der großen Sommerschlachten die politischen und Zeitungsmarodeure. Die Kriegsparteien aller Länder sind an Zahl stark zusammengeschmolzen, aber sie sind lauter als je und ihr Einfluß auf die entscheidenden Stellen scheint im Steigen zu sein. Österreich-Ungarn bildet hier vielleicht die einzige Ausnahme. Der Gedanke an eine über-

staatliche Organisation des Friedens, von dem sich die Presse der ganzen Welt im Frühjahr beeinflusst zeigte, ist verbläßt, die Spekulation auf die Ausnützung der Schwäche des anderen ist wieder im Schwange, dieselbe Spekulation, die sich schon so oft als falsch erwiesen hat. Die Zeitungen sind jetzt voll von Schilderungen der Erschöpfung des Gegners. Um nur ein Beispiel anzuführen: Der „Temps“ vom 22. August d. J. enthielt anlässlich der Überreichung der Note des Vatikans folgenden Bericht über die Lage in Österreich-Ungarn: „Die offiziellen österreichischen Blätter sagen mit Bezug auf Trient und Triest: Wir werden an Italien nicht einen Zollbreit Landes abtreten. Sind das nur große Worte, ein diplomatisches Manöver oder ein unwiderruflicher Entschluß? Man wird es bald wissen. Unbedingt sicher ist, daß keiner der kriegführenden Staaten den Frieden so dringend braucht wie Österreich-Ungarn. Jeder Tag bringt neue Zeichen der Erschöpfung dieses Landes. In der Zeit vor der Einbringung der neuen Ernte steigen die Entbehrungen, die der Bevölkerung auferlegt werden. In den Städten sind die Märkte leer und die Bevölkerung kann, um die fehlenden Kartoffeln und das unzulängliche Brot zu ersetzen, nicht einmal Gemüse oder Obst kaufen. Sind die Zustände bei den Eisenbahnen oder ist die unzureichende Ernte daran schuld? Sicher ist, daß Obst und Gemüse auf den Märkten sehr selten, oft verfäult und sehr teuer ist. Zugleich zeigen sich Anzeichen einer Kohlenkrise. Deutschland kann nicht soviel Kohle liefern, wie Österreich-Ungarn braucht, und die Behörden geben zu, daß der kommende Winter vielleicht noch schwerere Prüfungen bringen wird als der vergangene.“ Weiter heißt es: „Die Armee Österreich-Ungarns befindet sich in keinem besseren Zustande. Die Abnutzung der Mannschaftsbestände hat einen beunruhigenderen Grad erreicht als anderswo. Man hat — es ist richtig — die 50jährigen beurlaubt, aber die Sichtungskommissionen arbeiten fast ohne Pause, um die Zurückgestellten wieder einzureihen. Deutschland hält diesen großen Körper noch aufrecht. Man weiß dies in Wien sehr gut und deshalb kann man nicht daran denken, das Schicksal der Monarchie von dem Deutschlands zu trennen, obwohl man dazu gute Lust hätte.“

Wem die Ereignisse noch nicht jene Klarheit geraubt haben, der wird hier mehr sehen, als nur den Versuch, den Lesern des eigenen Landes einen angenehmen Stoff zu angenehmen Vergleichen zu bieten. Es wird ihm bewußt werden, in der entsprechenden Umkehrung der Dinge in irgend einem Weltblatt der Mittelmächte Ähnliches über Frankreich, über Italien, über England, über Rußland gelesen zu haben. Es bestünde kein Grund, sich mit diesem journalistischen Zeitvertreib zu beschäftigen, wenn es nicht Tatsache wäre, daß Männer, die an entscheidender Stelle sitzen und ernst genommen werden wollen, ihn nicht als müßige Schreiberei, sondern als wichtige Angelegenheit betrachten. Wir müssen damit rechnen, daß wirklich und wahrhaftig noch heute, nach mehr als drei Kriegsjahren bei den Gegnern und bei uns die Auffassung

vertreten wird, es sei denkbar, ein großer Staat könne durch Mangel irgendwelcher Art in einen solchen Erschöpfungszustand verfallen, der ihn als kriegsführende Macht ausschaltet. Wir aber, wir haben in drei Jahren gelernt, daß es für ganze Völker zwar verschiedene Grade des Hungers, aber kein Verhungern gibt, ebenso wie die Schlachten dreier Jahre uns gelehrt haben, daß es keinen entscheidenden Sieg — und damit keine entscheidende Niederlage — gibt. Siege und Niederlagen, größerer oder geringerer Mangel gelten uns daher vom Standpunkt einer Rückwirkung auf die Friedensfrage nicht viel. Wir glauben, daß der Friede für die, die ihn wirklich wünschen, mit Eroberungs- und Siegesplänen nichts zu tun haben darf. Der Friede wird nur dann kommen, wenn bei allen Völkern die Überzeugung durchbricht, daß sie auf dem falschen Wege sind, daß der Krieg nichts anderes als Selbstzerfleischung ist, und daß sein Ende durch eine Aussprache gesucht werden muß. Wer soll aber diese Aussprache herbeiführen?

II.

Wer denn sonst, wenn nicht die österreichische Volksvertretung sollte berufen sein, in der Friedensfrage jetzt den entscheidenden Schritt zu tun? Gerade beim österreichischen Parlament scheinen die Vorbedingungen dazu günstiger als bei der Volksvertretung irgend einer anderen kriegsführenden Macht, schon deshalb, weil es bei uns keine eigentliche Kriegspartei gibt. Wenigstens ist während des ganzen Krieges keine offen in Erscheinung getreten und seit dem Regierungsantritt des Kaisers Karl gibt es auch nichts Ähnliches, im Verborgenen Wirkendes, was diesen Namen verdienen würde. Der eifrigste Vertreter des Friedens- und Verständigungsgedankens ist nach allem, was man hört, Kaiser Karl selbst und sein Wille ist es, der als Zusammenfassung der Volkswünsche in dem großen Umschwung der Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten seit seinem Regierungsantritt und seit der Betrauung des Grafen Czernin mit der Führung der Geschäfte eines Ministers des Außern zum Ausdruck kommt. Österreich-Ungarn hat auch die unzweideutigsten und weitestgehenden Erklärungen für einen Verständigungsfrieden abgegeben. Vom Grafen Czernin stammt die Fassung, daß das Ziel des Verständigungsfriedens und der überstaatlichen Organisation zur Verhütung eines neuen Krieges unverrückbar in allen Wechselfällen des Krieges bestehen bleibt und daß es für uns auch kein „Übermütigwerden“ gibt, das heißt, daß wir nicht geneigt sind, aus kriegerischen Erfolgen Forderungen abzuleiten, die mit dem Verteidigungsziel unvereinbar sind. Vor einigen Monaten hat man allerdings in einigen österreichischen und auch reichsdeutschen Zeitungen Aufsätze offiziösen Anstriches über nicht näher bezeichnete Verichtigungen an den Balkangrenzen Österreich-Ungarns gelesen. Niemand aber hatte hiebon den Eindruck, daß diese Forderungen den Frieden aufhalten könnten. Für unsere amtliche auswärtige Politik scheint der Krieg mit der Behauptung der Grenzen tatsächlich abgeschlossen. Trotzdem sind

unserer Diplomaten nicht instande, den Frieden herbeizuführen. Was ist unter diesen Umständen natürlicher, als daß gerade das österreichische Parlament sich der Friedensfrage bemächtigt und mit seinen Mitteln das Möglichste zu erreichen sucht? Es liegen auch schon Vorschläge vor. Der ungarische Bischof Frankoi hat im Anschluß an die Anregung des Papstes beantragt, es mögen sich unter dem Voritze des Papstes Vertreter aller Parlamente versammeln und über die Bedingungen der Waffenruhe verhandeln. Ein anderer Vorschlag geht dahin, die interparlamentarische Union möge wieder ins Leben treten und sie, die im Frieden gegründet wurde, um die Völker einander näher zu bringen und die Gefahren eines Krieges einzudämmen, möge jetzt darüber beraten, wie der Krieg beendet werden könne. Der Vorschlag geht von einem neutralen Mitglied der interparlamentarischen Union aus, das in dieser Hinsicht auch bereits mit mehreren Parlamenten Fühlung genommen hat.

Aber diese beiden und noch ähnliche Vorschläge franken an einem grundlegenden Fehler. Sie übersehen, daß es unter den gegebenen Verhältnissen gleichgültig ist, ob als Vertreter der feindlichen Staaten Parlamentarier oder sonst irgendwer verhandelt, wofern nicht hinter den parlamentarischen Unterhändlern ein Parlament steht, das den unabhängigen Willen fundgetan hat, die Macht in die Hand zu nehmen und auszuüben und insbesondere in der Friedensfrage zu führen und zu entscheiden. Erinnern wir uns doch bei diesem Anlaß an den Haupteinwand der Ententeregierungen und der Entente-Pressen gegen die Befundungen der Friedens- und Verhandlungsbereitschaft durch die deutsche Regierung! Da hieß es immer, daß ein Friede nur mit dem deutschen Volke und nicht mit der deutschen Regierung geschlossen werden könne, weil nur das Volk die Gewähr für die Einhaltung eines wirklichen Dauerfriedens biete. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, inwieweit den Urhebern dieser Erklärung innere Wahrhaftigkeit zuzuschreiben ist. Aber diese Erklärungen liegen im Zuge der Zeit, entsprechen den Wünschen aller Parlamentsmehrheiten bei den Mittelmächten, sind ein Mittel, die geheime Diplomatie und ihre Gefahren zu beseitigen und — sind der beste Anknüpfungspunkt für Friedensverhandlungen! Das österreichische Parlament würde sich daher heute geradezu am Vaterlande verjündigen, wenn es diese Zeichen der Zeit mißverstehen oder ihrer nicht achten wollte.

Man wird hier vielleicht den Einwand erheben, daß das österreichische Abgeordnetenhaus innerlich zu zerrissen sei, um einen so geschlossenen Willen betätigen zu können. Man wird auf die staatsrechtlichen Verwahrungen der Tschechen und Südslawen, auf das zweideutige Verhalten der Polen, auf die Unfähigkeit der Deutschen usw. hinweisen. Es ist darauf zu entgegnen, daß, wenn nichts anderes, so der Anspruch, den Frieden zu schließen und sich dann ihr Haus selbst einzurichten, geeignet ist, die uneinigen Völker zu geschlossenem, machtvollem Vorgehen zu einigen. Wer genauer hinsieht, wird erkennen, daß diese

zwei Ziele eigentlich das Wesen der sogenannten nationalen Schwierigkeiten ausmachen, die sich während der ersten Parlamentstagung des Abgeordnetenhauses zeigten. Das Erkennen der unlösbaren Zusammenhänge zwischen der Friedensfrage und dem österreichischen Nationalitätenkampfe war ja auch der Ausgangspunkt einer österreichischen Friedensbewegung, als deren zwei geistige Leiter der jetzige Ackerbauminister Graf Sylva-Tarouca und Herrenhausmitglied Prof. Lammasch zu nennen sind. Die Bewegung hat deshalb nicht die wünschenswerten Fortschritte gemacht, weil sie statt des Friedens die nationalen Fragen in den Vordergrund rückte. Auf dem Boden des Parlaments wird das umgekehrte Verfahren durchschlagenden Erfolg haben. Findet sich nur eine große Partei oder finden sich in mehreren Parteien Männer, die diesen Gedanken mit überzeugender Kraft zu vertreten wissen, so werden sie das Parlament zu einer einigen großen Handlung hinreißen. Die Abgeordneten müßten sich sagen, daß sie dem Volke außer dem Frieden heute eigentlich nur wenig geben können. Was sie auch tun, sie geben Steine statt Brot, solange der Friede fehlt. Manche Arbeit, zum Besten des Volkes zu tun, wartet noch auf sie. Aber wenn sie noch zehnfach so Gutes schaffen wie die Ausmerzung der Kriegsjustiz oder das Unterhaltsgesetz, was bedeutet das gegen den Frieden? Und sie müssen sich auch fragen, ob sie nicht alle in weiterem Sinne moralische Mitschuld am Kriege tragen, jede Partei nach ihrer besonderen Beschaffenheit. Einen wie großen Anteil an der Schuld am Kriege ihre chauvinistische Behandlung der Nationalitätenfrage hat, ob sie im Zusammenhang damit der Politik des Ballhausplatzes nicht zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet, ob sie nicht selbst dazu beigetragen haben, die internationale Stimmung zu vergiften, die Deutschen gegenüber den Slaven, die Slaven durch Übertriebenheiten sonder Zahl und Maß, die Christlichsozialen und Merikalen durch die Bühlarbeit gegen Italien! Und alle zusammen müssen sich fragen, ob sie recht daran getan haben, unser Schicksal ganz der Hand einer geheimen Diplomatie zu überlassen, die sich nachträglich durch die verschiedenen Buntbücher mit sehr wenigen Ausnahmen das Zeugnis einer gemeingefährlichen Unzulänglichkeit ausgestellt hat. Wenn sie so ihre Herzen prüfen, dann werden sie finden, daß jedem ein gerütteltes Maß von Schuld zufällt. Sie werden finden, daß sie den Völkern Oesterreichs eine große Last schuldig sind und daß jeder Wähler, gleichgültig, ob im Schützengraben oder Hinterlande, heute das Recht hat, an seinen Abgeordneten heranzutreten und von ihm zu verlangen, daß er der nutzlosen Menschenjocherei, dem zwecklosen Morden (Worte des Papstes und des Grafen Czernin) nicht ruhig zusehe, daß er die Pflicht habe, das Seine zu ihrer Beendigung beizutragen.

Von unseren Abgeordneten, die nie gewohnt waren, zu führen, werden vielleicht die meisten auf diese dringende Aufforderung antworten, daß das Abgeordnetenhaus keine Handhabe hätte, die Friedensfrage im Bereiche seiner Zuständigkeit zu behandeln. Die Friedensfrage sei eine

Angelegenheit der äußeren Politik und gehöre daher vor die Delegationen. Auch lasse, so werden die Vorsichtigen, die auch hier nur Vorsicht kennen, sagen, das staatsrechtliche Verhältnis zu Ungarn ein eigenmächtiges Vorgehen des österreichischen Abgeordnetenhauses in dieser Frage nicht zu. Diese staatsrechtlichen Bedenken sind durchaus wichtig. Die Frage der Delegationen läßt sich durch einen Parlamentsbeschluß in Wien und Budapest lösen und damit erledigt sich auch die Frage, ob Budapest bei einem Friedensunternehmen Wiens mitgehen wird. Es wird selbstverständlich mitgehen! Von einem Parlament, wie dem ungarischen, in dem Männer wie Batthanyi, Karolyi und Bazsonyi heute eine einflußreiche Stimme haben, drei Männer, die ganz klar gesagt haben, was von diesem Kriege zu halten ist, von diesem Parlament sind in einer solchen Angelegenheit keine Schwierigkeiten zu erwarten.

Sonach bleiben nur die wirklich großen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, um mit den Parlamenten der feindlichen Staaten in Verbindung zu kommen. Die Hindernisse sind hier groß. Wer wird aber glattweg behaupten wollen, daß sie unüberwindlich seien? Wie lange zog sich der noch immer nicht vollendete Weg nach Stockholm? Wie groß war aber schon die Wirkung, als nur die ersten Schritte auf ihm getan wurden! Diese Frucht fiel den Sozialisten nicht von selbst in den Schoß. Zimmerwald und Rienthal, die ersten Anfänge erschienen dem ausnahmslos an Kriegspsychose leidenden Bürgertum als anarchistisch-utopische Unternehmungen und Dr. Liebknecht, dessen Anschauungen wir einmal als höchste Weisheit der Staatskanzleien wiederfinden werden, galt als halber Narr und als halber Verbrecher. Seine leidenschaftlichen Verständigungsreden hallen aber heute in der Friedensentschließung des deutschen Reichstages wider. Ist anzunehmen, daß das italienische, das französische und selbst das englische Parlament von derselben Erkenntnis gar so weit entfernt seien? Im übrigen: Hat schon jemand versucht, sie darauf hin von außen her ernstlich zu prüfen? Es scheint wirklich, daß es nur auf den Versuch ankommt. Vermittlungsstellen gibt es genug. Da sind die internationalen Organisationen, die heute alle ihre Vertreter in der Schweiz haben, da ist der Papst, von dem behauptet wird, daß er auf die Klerikalen aller Länder — und heute vielleicht nicht nur auf sie — Einfluß habe.

Man sieht, es gibt Wege genug. Es ist Zeit, daß man versuche, sie zu betreten.

Es taucht noch die Frage auf, ob der jetzige Augenblick geeignet sei, einen solchen Schritt zu tun.

III.

Wer diese Frage untersucht, wird sich vor allem an den Vorgängen in Frankreich und England anläßlich der Passverweigerung für Stockholm stoßen. Französische und englische Sozialisten hatten die Absicht, mit Vertretern feind-

ficher Staaten zu einer Beratung über die Friedensmöglichkeiten zusammenzukommen, ihre Regierungen hatten ihnen aber die Pässe für diese Reise verweigert und hiefür die Genehmigung ihrer Parlamente erhalten. Daraus könnte man schließen, daß wir zwei kriegsentschlossenen, einigen Volksvertretungen gegenüberstehen, die zu einem Verhandeln über den Frieden zu veranlassen, aussichtslos ist. Wir müssen uns aber die schweren Krisen gegenwärtig halten, unter denen die Beschlüsse gegen die Stockholmpässe in Frankreich und England zustande gekommen sind. Wir wissen auch, daß solche Beschlüsse nicht unwiderruflich sind, besonders da die Stockholmfrage auch in den Westländern der Entente das politische Denken zu beherrschen beginnt. Ist doch sogar die neue französische Regierung unter dem Vorsitz Painlevés ausschließlich unter dem Gesichtspunkt „Stockholm oder nicht“ gebildet worden. Painlevé gelang es, eine gegen die Sozialisten, d. h. gegen die Stockholmidée, gerichtete Verteidigungsstellung zu beziehen. Die Mühseligkeiten aber, unter denen seine Regierung zustande kam, waren zu groß, als daß man annehmen sollte, die französischen Stockholmer seien geschlagen. Ganz im Gegenteil ist die Zubericht berechtigt, daß ihr Aufstieg jetzt erst beginnt. An die Parlamente der Mittelmächte muß aber in diesem Augenblick die Frage gestellt werden, ob sie es beantworten können, dem sich entspinnenden Kampf müßig zuzusehen und die Wahl, ob einzugreifen sei oder nicht, ihren Regierungen zu überlassen.

Ist die Annahme von der Hand zu weisen, daß ein Versuch der Parlamente der Mittelmächte, mit dem Feind in Berührung zu treten, nicht nur die Lage der Stockholmer verbessern, sondern auch die Reihen der Stockholmgegner lockern könnte? Die politischen Kniffe, die angewendet werden mußten, um das Kabinett Painlevé zustande zu bringen, lassen eine Verneinung dieser Frage nicht von vornherein zu. Es könnte nun noch der Einwand erhoben werden, daß der Schlüssel zur Lage sich in Englands Hand befindet. Frankreich, das um ein Ziel kämpft, das nach Meinung vieler seiner Bürger einen Krieg nicht wert ist, biete Angriffspunkte für eine Annäherung, während England, das den Krieg zielbewußt vorbereitet habe, um seine Welt- und Handels Herrschaft für Jahrhunderte gegen das aufstrebende Deutschland zu sichern, im vierten Kriegsjahr, nach unerhörten Opfern und angesichts der Hoffnung, die das Eingreifen Amerikas biete, die Waffen nicht niederlegen werde, ohne sein Ziel erreicht zu haben. Nach dem Sturz des panslawistischen Zarismus ist dies der Hauptgrund, mit dem insbesondere die deutsche Kriegspartei arbeitet. Ihr kommen die offenen Geständnisse entgegen, die die Heizer auf der englischen Seite abgelegt haben. Anfang August 1917 noch erklärte Churchill in einer Rede in Dundee, erst wenn der deutsche Welthandel keine Aussicht mehr habe zu neuer Entwicklung, dann sei es an der Zeit, Frieden zu machen. Diese Forderung sei der Hauptbeschluß der ersten Pariser Konferenz gewesen und sei gleichzeitig bindend für alle Verbündeten.

Churchills Rede hat vor den üblichen Kriegskundengebungen der führenden Männer den Vorzug der Aufrichtigkeit. Es sollen daher im Anschluß die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz vom Jahre 1916 wiedergegeben werden, auf die es sich bezieht und von denen so oft die Rede ist, ohne daß sie hinlänglich bekannt wären. Sie lauten:

„Da durch den Krieg alle Handelsverträge zwischen den Verbandsmächten und feindlichen Mächten aufgehoben sind und es von hoher Bedeutung ist, daß während der Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, der der Beendigung der Feindseligkeiten folgen wird, die Freiheit keiner der Verbandsmächte durch irgend welche Anspüche der feindlichen Mächte auf Meistbegünstigung behindert wird, sind die Verbandsmächte dahin einig, daß die Vorteile dieser Begünstigung jenen Mächten für eine gemeinschaftlich festzusetzende Anzahl von Jahren nicht zustehen soll.

Während dieses Zeitraumes werden die Verbandsmächte sich bemühen, einander die weitestgehenden Absatzschädigungen zu sichern, falls sich irgend welche für ihren Handel schädliche Folgen aus der Anwendung der im vorigen Absatz erwähnten Maßnahmen ergeben sollten.

Zwecks Verteidigung ihrer Handels-, Industrie-, Landwirtschafts- und Schifffahrtsinteressen gegen wirtschaftliche Angriffe durch Überschwemmung mit Waren oder irgend sonstige unfaire Konkurrenz werden die Verbandsmächte gemeinschaftlich einen Zeitraum festsetzen, während dessen der Handel der feindlichen Mächte besonderer Behandlung unterliegen und die dorthier stammenden Waren entweder einem Verbot oder besonderen Methoden wirksamer Natur unterworfen sein sollen.

Die Verbandsmächte werden auf diplomatischem Wege über die besonderen Bedingungen entscheiden, die während der erwähnten Zeit auf Schiffe der Feindesmächte Anwendung finden sollen.“

Das ist ebenfalls sehr deutlich und nicht mißzuverstehen. Zwar wird hier keine ewige Todfeindschaft verkündet, aber für die entscheidenden Jahre nach Friedensschluß soll das durch den Krieg ohnedies geschwächte Deutschland im Rohstoffbezug und Weltmarktabsatz so lange gedrosselt werden, bis sich die anderen fest ins Geschäft gesetzt haben. Angesichts dieser durch Wort und Tat festgelegten Absichten gibt es kein Verhandeln und keinen Ausgleich — so lautete und lautet noch die Meinung, die in Deutschland von sehr einflußreichen Kreisen mit Hilfe von viel Geld vertreten wird. Allein es haben sich gerade in der letzten Zeit Anzeichen ergeben, daß man in Westeuropa auch schon Wasser in den Kriegswein gegossen hat. So enthielt der „Temps“ vom 10. September einen Aufsatz, in dem dem Sinne nach geschrieben stand: „Überall trete zutage, daß die russische Krise auf allen Fronten ihre Rückwirkung habe. Neue Sorgen tauchen für die Verbündeten auf. Die innere Katastrophe Rußlands ändere auch das politische Antlitz des ganzen Weltkonfliktes. Je länger der Krieg dauere, desto weniger könnten alle

Fragen, von denen der Sieg abhängt, durch die militärische Strategie allein gelöst werden. Der Einfluß der Politik wachse, je mehr die Völker sich verbrauchen. Der Friede müsse beschleunigt werden. Die Deutschen, die hinsichtlich der Gebietsfrage die Besitzenden seien, müßten verpflichtet werden, sich als Verlängende auf wirtschaftlichem Gebiet vorzustellen.“

Soweit der „Temps“. Besonders der letzte Satz geht uns hier nahe. Wir sehen, wie ein wirtschaftliches Kriegsziel, das hoch genug bewertet wurde, um seinetwegen einen Krieg zu beginnen, ohne weiters preisgegeben werden kann, wenn einmal die Erkenntnis sich Bahn gebrochen hat, daß die Not der Stunde es erfordere und die Fortsetzung des Krieges mehr kosten könne als das Ziel wert ist. Auch den wirtschaftlichen Berechnungen im Bereich der Kriegsziele fehlt eben die durch kein Ereignis, keine Tatsachen widerlegliche mathematische Festigkeit. Auch ihnen haftet das romanhaft Schwankende der politischen Träume der Kriegsfanatiker an. Das gilt für die wirtschaftlichen Kriegsbeher beider Lager.

Wenn wir an diesem einen Beispiel sehen, wie die wirtschaftliche Rechnung umschlagen kann, so finden wir bei einer Untersuchung der imperialistischen Weltherrschafts- und Sicherungspläne eine verblüffende Saltosigkeit. Dinge, die fast schon als ewige Wahrheiten von der Kraft des Evangeliums verkündet wurden, sehen wir selbst in verantwortlichsbewußten Köpfen wie Kartenhäuser zusammenfallen.

Man kennt aus den Veröffentlichungen der Ententemächte, wenn auch in nicht genauen Umrißen ihre Landerwerbsziele. Sie decken sich so ziemlich mit den Forderungen und „Notwendigkeiten“, die die Verfasser der vielen Bücher und Schriften imperialistischen Inhalts schon während des Friedens aufgestellt haben. Ihr Grundton wird von Weltherrschaftsträumen bestimmt, ihre Mittel sind die gewaltsame Eroberung, der Krieg. Das gilt insbesondere von den imperialistischen Schriftstellern Rußlands und Deutschlands. Zeigten sich die Russen vom Rauch der Zahl belesen, so pochten die anderen auf ihre siegreichen Überlieferungen, die Schlagkraft der Organisation und den überlegenen Geist der Führung. Und in beiden Ländern folgte die zünftige Diplomatie, ohne eigene, neue Ideen hervorzubringen, den Wegen, die ihr diese politischen Romanciers zeigten. Sie über sah, daß diese Träume die Entwicklungen von Jahrhunderten vorwegnahmen, aber der unmittelbaren Gegenwart nicht Rechnung trugen. Was will zum Beispiel, im Lichte der Wirklichkeit gesehen, das in politischer und wirtschaftlicher Verbrämung auftretende Schlagwort vom russischen Kriegsziel eines Hafens am „warmen Meer“ bedeuten? Der landwirtschaftlich und industriell reichste Teil des europäischen Rußlands ist den Küsten des Schwarzen Meeres vorgelagert. Hier wird der für seine Getreideausfuhr wesentlichste Teil geerntet, hier liegen seine wichtigsten Kohlen- und Erzlager. Der russische Chauvinismus der zarischen Zeit sagte nun, daß ein Riesenreich von 130 Millionen Einwohnern nicht einen Zustand ertragen könne, der einer benachbarten

Mittelmacht, der Türkei, jederzeit gestatte, die für Rußlands Zahlungsbilanz unerläßliche Getreideausfuhr durch Schließung der Dardanellen zu sperren. Er vergißt, daß im Laufe der Geschichte der letzten Jahre die Meerengen nur einmal — und zwar während des Tripolis- und Balkankrieges — von der Türkei durch Minen verlegt wurden. Das geschah aber in bitterster Notwehr gegenüber militärischen und diplomatischen Zettelungen, an denen Rußland hervorragend beteiligt war, und zwar im Interesse einer religiös-nationalistischen Machtpolitik mit dem Ziel der Vorherrschaft auf dem Balkan und der Aufpflanzung des Doppelhalbkreuzes auf der Hagia Sophia. Der Macht- und Eroberungsgedanke hat sich hier, dem Geiste der Zeit entsprechend, im Sandumdrehen in eine Forderung wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit verwandelt, die russischen Kaufleute, Großgrundbesitzer und Industriellen, dem französischen Gelde tributpflichtig, hatten sich die Gedanken ihrer Militärs und Popen zu eigen gemacht und ihrem Gedankenkreise entsprechend gemodelt.

Nicht anders bestellt war es mit den zwei anderen russischen Vorstößen dieses Jahrhunderts zum „warmen Meer“. Der erste in Ostasien, der ein einziger Geld- und Vesteckungsskandal war, scheiterte durch den Krieg mit Japan, der zweite, der den Hafen Bender Abbas in der Persischen Bucht zum Ziele hatte, wurde von England vereitelt und endete mit dem russisch-englischen Persienübereinkommen, das für Rußland, vom Standpunkte des Marsches zum Meer betrachtet, eine Niederlage erster Ordnung bedeutete. Trotzdem verbündete sich Rußland mit dem Reiche, das ihm zwei schwere Niederlagen auf seinem angeblich naturwendigen Drang nach einem „warmen Hafen“ bereitete, und es steht heute im Kriegszustand mit der Türkei, die, wie man annehmen darf, jeden Augenblick bereit ist, die Dardanellenflüsten zu neutralisieren. Das ist ein Rußland, das auf Konstantinopel allem Anscheine nach gar keinen Wert mehr legt und dem Vladivostok und Armenien nicht soviel gelten wie ein Butterbrot, während die zarische Autokratie für sie Millionen Menschenleben einsetzte.

Das russisch-englische Persienabkommen vom Jahre 1907, an das in Rußland heute sicherlich nur wenige Menschen denken, darf aber als der Ausgangspunkt des großen Krieges betrachtet werden. Es schaffte den Engländern freie Hand in Südpersien, das Lord Curzon als „Glacis“ Indiens bezeichnet hatte. Der Plan, zwischen Indien und Ägypten eine Landverbindung herzustellen, war so zum Teil verwirklicht, in seiner Fortsetzung stieß er aber in Mesopotamien und Arabien auf die Türkei und das Deutsche Reich. Im Jahre 1911, also schon vier Jahre nach dem Abkommen mit Rußland, schloß England mit der Türkei und Deutschland das Bagdadbahnübereinkommen, durch welches das Endstück der Bagdadbahn insofern unter internationale Aufsicht kommen sollte, als es zu vier Behnteln von türkischem und zu je zwei Behnteln von deutschen, französischem und englischem Gelde finanziert werden sollte. England hat aber nach diesem gelungenen Streich noch nicht den Strich unter seine

mesopotamische Rechnung gezogen. Wenn die Landbrücke zwischen Indien und Ägypten sein Ziel war, so konnte es mit dem an einer Bahnfinanzierung gesicherten Einfluß nicht zufrieden sein. Seine Blicke blieben auf Mesopotamien und Arabien gerichtet und tatsächlich sehen wir, wie es gleich nach dem Eintritte der Türkei in den Krieg hier eine energische militärische Tätigkeit entfaltet, die ihm nicht weniger wichtig zu sein schien, als die Truppensendungen nach Nordfrankreich. Wir erinnern uns der Fähigkeit, mit der England nach der Gefangennahme des Generals Kontowend sein mesopotamisches Ziel weiter verfolgte. Heute sehen wir es nördlich von Bagdad und an der Südgrenze Palästinas. Dazu kommt eine Ausdehnung des Einflusses an den Rändern Arabiens. Die indisch-ägyptische Landbrücke scheint durch kriegerische Eroberung hergestellt. Die übliche Betrachtung der Weltpolitik ist geneigt, anzunehmen, daß Gegenstände, wie die hier geschilderten, nur durch die Waffen ausgetragen werden könnten. Wir sehen das Bestreben Deutschlands, eine politisch und wirtschaftlich zusammenhängende Landmasse von Berlin bis Bagdad zu organisieren und sehen, wie dieser Plan an zwei empfindlichen Stellen von Rußland und England bedroht wird — von Rußland nicht nur durch sein Streben nach den Dardanellen, sondern noch mehr durch seine Balkanpläne, die letzten Endes eine Abspaltung der Randländer der Agäis und der Adria vom mitteleuropäisch-vorderasiatischen Völkerblock bedeuten, von England am Endpunkte, der dem Block den Ausgang in das asiatisch-amerikanische Weltmeer eröffnet.

Diese Gegenstände haben wirklich Titanengröße. Aber wir haben es erlebt, daß dieser große Streit seinem Ausgleich durch friedliche Vereinbarung knapp vor Kriegsausbruch sehr nahe war. Am 15. Juni (oder 14. Juli) 1914 soll nach glaubwürdigem Zeugnis zwischen England und Deutschland ein Afrikaabereinkommen zustande gebracht worden sein, das Deutschland eine Abrundung seines afrikanischen Kolonialbesitzes auf einen Flächeninhalt von der halben Größe Europas zuweist. Im Anschluß daran war die Anerkennung des deutschen Einflusses in Vorderasien bis nahe der Mündung des Schatt-el-Arab vorgesehen. Dieses Abereinkommen hat der englische Kolonialpolitiker Sir Harry Johnston, wie es scheint, mit Genehmigung des britischen Auswärtigen Amtes in einem Vortrage behandelt, dem er den Namen „Die politische Geographie Afrikas vor und nach dem Kriege“ gab. In diesem Vortrage wird den Deutschen der belgische und der französische Kongostaat und das portugiesische Süd-Angola zugesprochen. An der syrischen Küste erhält Frankreich eine Einfluszone, sonst ist wieder Vorderasien bis zum Zusammenschluß des Euphrat mit dem Tigris deutsches Einflußgebiet. Dieser Vortrag wurde am 24. Februar 1915 gehalten und der Redner fügte hinzu, er denke sich als Gegenleistung Deutschlands eine Abtretung des französischen Teiles Deutsch-Lothringens. Frankreich, Belgien und Portugal würden über Englands Vermittlung in die Abtretung der angeführten afrikanischen Besitzungen willigen. Und merkwürdig! In der ersten Septemberhälfte 1917

enthielten reichsdeutsche Zeitungen Meldungen über ein von England über Osterreich-Ungarn an Deutschland gestelltes Friedensangebot. Sein angeblicher Inhalt deckt sich vollständig mit dem Vortrage des übrigen in England ziemlich einflussreichen Sir Harry Johnston, bis auf die Abweichung, daß das inzwischen von den Buren eroberte deutsche Südwestafrika den Eroberern zugesprochen, d. h. zur Abrundung des südafrikanischen Reiches der Engländer verlangt wird. Wenn auch dieses Friedensangebot in Berlin amtlich ebenso bestimmt in Abrede gestellt wird wie in London, so wird man seine Erfahrungen mit amtlichen Dementis zu Rate ziehen und sich im übrigen an die auffallende Übereinstimmung des Planes des einflussreichen Johnston mit der dementierten Meldung halten und traurig darüber nachdenken, warum der Johnston'sche Plan erst zweieinhalb Jahre nach dem Vortrag in der königlichen Geographischen Gesellschaft zu London wieder aufgetaucht ist, nachdem die Kriegführenden 7 Millionen Tote, 14 Millionen Invalide und ein halbes Tausend Milliarden an Kriegskosten und Kriegsbeschädigungen aufweisen! Die Lage ist daher heute folgende: In Frankreich taucht der Gedanke auf, die wirtschaftlichen Kriegspläne als Entschädigung für ein noch nicht bezeichnetes deutsches Entgegenkommen fallen zu lassen („Temps“ vom 10. Sept.) und betreffs der Landstreitigkeiten treten, wie man Grund hat, anzunehmen, von englischer Seite, Austauschpläne hervor. Fordert diese Lage das Parlament des an diesem Streite ganz unbetheiligten, durch den Krieg aber furchtbar leidenden Osterreich nicht zu einer Tat heraus?

IV.

Die Stunde ist günstig, aber drängend. Es wurde gezeigt, daß im Laufe dieses Jahres jedesmal eine Friedensmöglichkeit aufschwimmte, wenn eine Partei sich entschloß, das Schweigen zu brechen und offen über den Frieden zu reden und daß wir einen Rückfall erlebten, weil man die Scheu — oder ist es etwas anderes? — nicht überwinden konnte, dem Feinde gute Bedingungen öffentlich vorzulegen. Es wurde ferner gezeigt, daß in Paris der Gedanke, durch einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege dem Gegner den Genickfang geben zu können, fallen gelassen wurde, um durch einen Wirtschafts-(Handels-)vertrag eine Entschädigung für Landausgleiche zu bieten. Es wurde schließlich dargelegt, daß die Weltherrschaftsfragen, soweit sie sich auf Eroberungen und Sicherungen in der Übersee beziehen, ebenfalls verhandlungsbereif geworden sind. Endlich ist ausgeführt worden, daß Osterreich die Stelle des geringsten Widerstandes gegen eine Bewegung zugunsten des reinen Verständigungsfriedens ist. Man kann die Bemerkung nicht unterdrücken, daß das österreichische Parlament einen jämmerlichen Beweis von Schwäche und politischer Unzulänglichkeit geben würde, wollte es diese Gelegenheit nicht ergreifen und die Führung nicht übernehmen.

Von Rudolf Goldscheid stammt das Wort, daß jeder äußeren Politik eine bestimmte innere zwangsläufig entspreche; ausgehend davon

darf gesagt werden, daß die österreichische Volksvertretung noch viele Jahre nach Friedensschluß nicht fähig sein wird, die Macht auszuüben, wenn sie sich jetzt nicht der äußeren Politik bemächtigt. Wir haben zwar in Österreich keine Kriegspartei, gegen die ein Verständigungsfriede zu erkämpfen wäre, aber unsere ganze innere Politik, vor allem die schwere Arbeit, den Völkern Österreichs eine neue nationale Verfassung zu geben, ist mit Fragen der äußeren Politik so durchsetzt, daß die Verfassungsänderung vom Parlament aus eigener Kraft gar nicht durchgeführt werden kann, wenn es nicht aus eigener Kraft die grundsätzlichen Bedingungen des Friedens zu bestimmen imstande ist. Aber selbst davon abgesehen, die Formulierung, daß die äußere Politik die innere bestimmt, ist nirgends so am Platze, wie im Falle Österreichs. Unsere innere Politik nach dem Kriege wird zu vier Fünfteln aus Wirtschaftsfragen bestehen. Diese aber werden von zweierlei bestimmt werden, von der Verteilung der Milliardenlast des Krieges auf die einzelnen Schichten der Bevölkerung, zweitens aber von den wirtschaftlichen Bedingungen, die wir bei Friedensschluß durchsetzen können. Da muß man fragen: Kann das österreichische Parlament wirklich gesonnen sein, die wirtschaftlichen Friedensbedingungen aus bürokratisch-diplomatischer Hand als etwas Fertiges hinzunehmen? Und weiter: Haben wir Diplomaten oder Bureaukraten, die die Verantwortung für solche Vereinbarungen übernehmen wollen? Der Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat bei der Einleitung der Ernährungsenquête einen sehr hübschen Satz geprägt. Er meinte, nur der Dilettant glaube, alles selbst machen zu können, der Fachmann wisse, wie sehr er des Rates bedürfe. Gibt es im Bereiche der auswärtigen Politik noch solche Dilettanten, die glauben, hier allein arbeiten und entscheiden zu können? Wir wollen annehmen, daß man an dieser Stelle erleichtert aufatmen wird, wenn das Parlament die Absicht zeigen sollte, nicht nur mitzuarbeiten, sondern die Führung zu übernehmen. Schließlich hat das Parlament im Zusammenhang mit der Friedens- und Wirtschaftsfrage auch an unser Verhältnis zu Deutschland zu denken. Überlegen wir einmal: Wir wissen, daß in Deutschland die Kriegspartei zwar an Zahl nicht groß, durch Einfluß aber mächtig ist. Die Namen Johann Albrecht von Mecklenburg und Tirpitz, die sich an die Spitze des neuesten deutschen Kriegsverbandes gestellt haben, geben darüber Aufschluß. Daß der Einfluß dieser Richtung heute ein gefährliches Friedenshindernis darstellt, darüber sind die Meinungen nicht mehr geteilt. Nun hat die Mehrheit des deutschen Reichstages eine ganz eindeutige, annehmbare Friedensentschließung gefaßt. Die deutsche Regierung — die Vorgänge bei der Ernennung des Reichskanzlers haben es gezeigt — steht wohl unter der Einwirkung der Mehrheit. Wer von uns Außenstehenden weiß aber, umwie vieles geringer die Einwirkung der Minderheit ist? Kein Zweifel, den beamteten österreichischen Staatsmännern, die mit der deutschen Regierung in Folge des Bundesverhältnisses Hand in Hand gehen, wird das Arbeiten sehr erleichtert werden.

wenn sie ein entschlossenes Parlament hinter sich haben, ebenso wie die Stellung der deutschen Reichstagsmehrheit im Innern und dem Auslande gegenüber durch Hilfe von Osterreich her mit einem Schlag viel stärker würde. Das feindliche Ausland will noch immer nicht glauben, daß der deutsche Reichstag in auswärtigen Angelegenheiten entscheidet. Die Augusterörterung über die Friedensentschließung und das Verhalten des Reichskanzlers bei dieser Auseinandersetzung haben im feindlichen Auslande Mißtrauen erregt. Amerika erklärt, daß es in der Unterseebootfrage von der deutschen Regierung getäuscht worden sei, und will mit ihr nicht mehr verhandeln, sondern nur mit dem deutschen Volke, d. h. dem deutschen Reichstag. Aber wie kann man, so fragt die feindliche Presse, mit dem deutschen Reichstag verhandeln, wenn er nicht Herr seiner Entschlüsse ist? Sicherlich würde dieses Mißtrauen kleiner werden, wenn ein von Kriegsparteien und Gottesgnadenideen weniger beeinflusstes Parlament neben den Deutschen als starker Bundesgenosse aufträte.

Alle Erwägungen der Friedensstrategie sprechen dafür, daß das österreichische Abgeordnetenhaus jetzt in der Friedensfrage hervortreten muß. Der stärkste Grund hat mit taktischen Erwägungen nichts zu tun, er ist aber ausschlaggebend. Das österreichische Parlament möge sich nach den Erfahrungen dreier Kriegsjahre sagen, daß nur ein Friede der Verständigung auf demokratischer Grundlage, d. h. unter der Aufsicht aller, den Krieg rasch beenden und weiterhin jeden Krieg unmöglich machen kann. Einen solchen Frieden kann aber nur die Demokratie selbst durch ihre Vertreter schließen, nie die Diplomatie, deren Wesen und Ursprung dem der Volksherrschaft fremd ist, weil die Bedingungen ihres Daseins das Geheimnis und in dessen Gefolge List und das Streben nach Übervorteilung sind. Das ist aber das Gegenteil dessen, was die überstaatliche Organisation des Dauerfriedens will. Deshalb gilt es, der Diplomatie das Heft zu entwenden.



